

Schluss mit riskanten Finanzierungsmodellen für öffentliche Investitionen!

Von Frank Kuschel

Als gebe es keine Finanzkrise mit all den Folgen für die Wirtschaft, die öffentlichen Haushalte und die Bürger, wollen CDU und SPD an den hoch riskanten Finanzierungsmodellen für öffentliche Investitionen festhalten und diese sogar noch verstärkt fördern.

Konkret geht es um so genannte „Öffentlich-Private-Partnerschaften“. Dabei werden öffentliche Investitionsvorhaben an einen privaten Investor vergeben, der neben der Finanzierung auch die Investition tätigt und die Einrichtung dann auch über Jahre hinweg bewirtschaftet. Die Kommunen mieten anschließend ihre eigenen Einrichtungen (z.B. Schulen) zurück oder überlassen dem privaten Investor die Einnahmen (z.B. Straßenmaut). Dies sind hoch profitable „Dreiecksgeschäfte“ für die Banken und private Geldgeber. Andererseits liegen bei diesem Finanzierungsmodell die Risiken allein bei der öffentlichen Hand. Selbst wenn der private Partner seine Vertragspflichten nicht erfüllt, müssen die öffentlichen Auftraggeber über die gesamte Laufzeit von meist mehr als 20 Jahren die vereinbarten Zahlungen leisten. Eine demokratische Steuerung und Kontrolle ist bei diesen Finanzierungsmodellen nahezu ausgeschlossen.

Dass die öffentliche Hand und die Kommunen solche Finanzierungsmodelle überhaupt erwägt, ist die Folge der dauerhaften öffentlichen Finanzkrise. Über diese Modelle sollen notwendige Investitionen schneller auf den Weg gebracht werden.

Die so genannten Experten haben im Auftrag von CDU und SPD errechnet, dass über die undurchschaubaren Finanzmodelle die öffentlichen Investitionen und Bewirtschaftungskosten um 15 Prozent niedriger liegen als bei der herkömmlichen Finanzierung über die öffentlichen Haushalte. Diese Kostenersparnisse sind aber unzweifelhaft schön gerechnet. Oft werden die öffentlichen Kosten für die Vorbereitung und Abwicklung der Modelle nicht berücksichtigt. Bei den Bewirtschaftungskosten „sparen“ die privaten Investoren insbesondere Personalkosten, weil die Beschäftigten meist schlechter bezahlt werden als Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Nun hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bundestag beschlossen, dass dieses umstrittene Finanzierungsmodell weiter ausgebaut werden soll. Der Anteil von derzeit 4 Prozent an den Gesamtinvestitionen der öffentlichen Hand soll auf mindestens 15 Prozent erhöht werden. Da die Rendite für die privaten Investoren noch nicht hoch genug ist, sollen diese von der Umsatzsteuerzahlung befreit werden. Damit wird die „Schönrechnung“ der Kostenvorteile dieses Finanzierungsmodells weiter fortgesetzt.

Die „Öffentlich-Privaten-Partnerschaften“ können nicht die Lösung für die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte und der Kommunen sein. Deshalb fordert DIE LINKE ein Verbot dieser Modelle. Die öffentliche Investitionsschwäche kann nur durch eine Reform der Finanzverfassung behoben werden. Durch ein gerechtes Steuersystem muss die Einnahmeschwäche der öffentlichen Haushalte überwunden werden.

Als Alternative für die „Öffentlich-Privaten-Partnerschaften“ könnte es aus Sicht der LINKEN ein Modell „Öffentlich-Öffentliche-Partnerschaften“ treten. Dabei setzen Kommunen und öffentliche Banken wie die Sparkassen, die Landesbanken oder die Förderbanken der Länder gemeinsam Investitionen um. Derartige Verträge können transparent gestaltet werden, so dass die öffentliche Steuerung und Kontrolle gesichert werden. Zudem wären die Risiken für alle kalkulierbar. Jetzt muss öffentlicher Druck her, um das Vorhaben von CDU/CSU und SPD zu stoppen.